

Geschichte

Skripte aus Geschichte für Fachabitur

12. "Deutschland einig Vaterland"

- [12.1 Wiedervereinigungspolitik 1949 bis 1966](#)
- [12.2 Politik kleinster Schritte 1963 - 1969](#)
- [12.3 Normalisierung der Beziehungen ab 1969](#)
- [12.4 Verträge der neuen Ost-Westpolitik](#)
- [12.5 Wirtschaft und Gesellschaft](#)
- [12.6 Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands](#)
- [12.7 2 + 4-Verhandlungen](#)

Inhalt Geschichte:

- [1. Aufklärung](#)
- [2. Anfang des 19. Jh.](#)
- [3. Imperialismus](#)
- [4. Industrielle Revolution](#)
- [5. Arbeiterbewegung](#)
- [6. Militarismus](#)
- [7. Weimarer Republik](#)
- [8. NS - Innenpolitik](#)
- [9. NS - Außenpolitik](#)
- [10. BRD](#)
- [11. DDR](#)
- [12. "Deutschland einig Vaterland"](#)
- [13. Europa](#)

12. "Deutschland, einig Vaterland"

12.1 Wiedervereinigungspolitik 1949 bis 1966

- Gegensätzliche Wiedervereinigungsansprüche mit Wurzeln in den jeweiligen geistig-politischen Grundlagen
 - Für die BRD: Wiedervereinigung hieß Eingliederung der DDR in die BRD
 - Für die DDR: Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung auch in Westdeutschland
- Mitte der 50er:
 - war die BRD fast völlig souverän
 - die DDR erklärte im Einklang mit der UdSSR die Zwei-Staaten-Theorie
- Alleinvertretungsrecht: die BRD sah sich (auch aufgrund des GG) als Alleinvertreter aller Deutschen
- Hallsteindoktrin: Die DDR sollte isoliert bleiben und außerhalb des Ostblocks keine völkerrechtliche Anerkennung als souveräner Staat finden
- Jede Anerkennung der DDR von anderen Ländern wurde von der BRD bis Mitte der 60er als einen Akt gegen die BRD erklärt und mit Sanktionen bedroht (z. B. Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Verweigerung der Entwicklungshilfe)
- Von 1949 bis 1961 verließen fast 3 Millionen DDR-Bürger ihren Staat.
- 13. August 1961 Bau der Berliner Mauer, Ausbau der innerdeutschen Grenze

12.2 Politik kleinster Schritte 1963 - 1969

- Ab 1963 großzügigeres Besuchsrecht Geflüchteter aus der DDR in ihrer alten Heimat
- Rentner durften in die BRD ausreisen
- 1968 KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

12.3 Normalisierung der Beziehungen ab 1969

- Die sozial-liberale Koalition unter Brandt und Schmidt mit ihren Außenministern Scheel und Genscher verfolgte eine allgemeine Entspannungspolitik (Ostpolitik)
 - Es sollten in beiden deutschen Staaten für die Menschen möglichst wenig Spannungen, Probleme oder Gefahren entstehen
 - Man sprach kaum mehr von Wiedervereinigung, sondern mehr von Bewahrung der Einheit der Nation

12.4 Verträge der neuen Ost-Westpolitik

- 12.08.1970 Moskauer Vertrag (BRD - UdSSR)
- 08.12.1970 Warschauer Vertrag (BRD - Polen)
- 03.09.1971 Abkommen über Berlin (vier Alliierten)

- 17.12.1971 Transitabkommen (Reisen von und nach Berlin durch BRD und DDR)
- 26.05.1972 Verkehrsvertrag (Reiseverkehr West-Ost durch BRD und DDR)
- 21.12.1972 Grundlagenvertrag Grundlagen der Beziehungen zw. BRD und DDR)
- 11.05.1973 Beitritt der BRD zur UNO
- 26.09.1973 bei dt. Staaten als Vollmitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen

12.5 Wirtschaft und Gesellschaft

- Innerdeutscher Handel
 - war zollfrei
 - er sollte ein Feld der Kooperation sein
 - außerdem sollte er das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen stärken
- Die DDR vertrat die Auffassung der Abgrenzung. Die Beziehungen der Menschen sollten möglichst weit eingeschränkt werden.

12.6 Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands

- Leipziger Demonstrationen
 - Wir sind das Volk
 - Deutschland einig Vaterland
- Öffnung der Grenze zum Westen am 9. November 1989
- Neue Bürgervereinigungen verloren an Gehör (Reformen der alten DDR)
- Mehrung der Kräfte, die eine schnelle Vereinigung Deutschlands wollten
- Im Herbst/Winter 1989/1990 wurde an Runden Tischen in der BRD/DDR verhandelt
- Staatsverträge wurden geschlossen
 - Wirtschaftsunion
 - Währungsunion
 - Sozialunion 1. Juli 1990
 - eigentlicher Einigungsvertrag 31. August 1990 (Übertragung der westdeutschen Rechtsordnung auf die DDR)
- Ablösung der sozialistischen Kommandowirtschaft durch ein marktwirtschaftliches System

12.7 2 + 4-Verhandlungen

- BRD und DDR + Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Russland
- Zusage der UdSSR, dass Deutschland Mitglied in der NATO würde gegen folgende Zusagen;
 - Reduzierung der Bundeswehr bis 1994 auf insges. 370 000 Mann
 - Deutschland verzichtet auf die Herstellung und den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen
 - Deutschland anerkennt die Oder-Neiße-Grenze als endgültige polnische Westgrenze
 - auf dem Gebiet der ehem. DDR dürfen keine fremden NATO-Truppen stationiert werden
 - Deutschland beteiligt sich an den Kosten der Rückführung der Roten Armee aus Ostdeutschland in Milliardenhöhe